



Bayerischer
Industrie- und Handelskammertag
BIHK

Pressestatement

*Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Erich Greipl
Präsident
des
Bayerischen Industrie- und Handelskammertages*

*anlässlich
der
Pressekonferenz
der Bayerischen Staatsregierung
am 10. September 2008, 11:30 Uhr
Bayerische Staatskanzlei, München*

Sehr geehrte Damen und Herren,

die IHKs in Bayern haben die heutige Einladung von Ministerpräsident Günther Beckstein gerne genutzt, um darzulegen, welche Weichenstellungen aus Sicht der bayerischen Wirtschaft vordringlich sind, damit Bayern an der Spitze Deutschlands bleibt. Ich kann an dieser Stelle schon aus Zeitgründen nicht auf alle zehn Punkte eingehen, die Sie als „BIHK-Wahlprüfsteine“ in Ihren Unterlagen vorfinden und die auch auf der BIHK-Homepage unter www.bihk.de veröffentlicht sind.

Ich will mich auf zwei aus unserer Sicht besonders wichtige Punkte konzentrieren - die Bildungs- und die Steuerpolitik.

1. Bildung fördern

Die hohe Qualifikation der Fachkräfte am Standort Bayern ist und bleibt das entscheidende Plus im globalen Standortwettbewerb.

Das Problem in Bayern ist definitiv nicht die Versorgung mit Ausbildungsplätzen. Die Zahl der Ausbildungsverträge und Ausbildungsbetriebe

erreicht jährlich neue Rekordmarken. Hingegen können bereits 13 Prozent der IHK-Ausbildungsbetriebe die offenen Ausbildungsstellen nicht mehr besetzen.

Was uns tatsächlich Sorgen bereitet, ist, dass in Bayern aktuell jedes Jahr 10.000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlassen. Etwa 20 Prozent aller Schulabgänger können nicht richtig lesen, schreiben und rechnen. Vielen jungen Menschen fehlt es an grundlegenden sozialen und persönlichen Kompetenzen.

Wir brauchen und fordern deshalb eine Bildungsoffensive aus einem Guss. Das heißt konkret:

- ***Potenziale ausschöpfen***

Bildungserfolg muss unabhängig von der sozialen oder regionalen Herkunft möglich sein. Vorschulische Bildung und individuelle Förderung müssen ausgebaut werden. Das letzte Kindergartenjahr ist bis 2012 daher für alle Kinder verpflichtend und beitragsfrei einzuführen. Kein Schüler darf die Schule ohne die erforderliche Ausbildungsreife verlassen. Die Zahl der

Schulabgänger ohne Schulabschluss muss sich bis zum Jahr 2012 halbieren.

- **Lehrkräfte und Schulen qualifizieren**

Nur mit dem Ausbau der personellen und finanziellen Kapazitäten der Schulen, einer Modernisierung der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte sowie einem Ausbau der Schulsozialarbeit kann eine individuelle Förderung aller Talente im Land gelingen. Wir brauchen daher bis 2012 pro Jahr zusätzlich 1.000 Lehrkräfte. Zudem ist ein flächendeckendes Angebot an Ganztageschulen nötig.

- **Hauptschule stärken**

Schulstrukturdebatten bringen uns dem Ziel, jeden Schüler individuell bestmöglich zu fördern, keinen Schritt näher. Der BHK fordert vielmehr, die einzelnen Schularten durch gezielte Verbesserung der Unterrichtsqualität zu stärken. Dies gilt insbesondere für die Hauptschule. So sind 38 Prozent aller Schüler in der 8. Klasse Hauptschüler. Rund die Hälfte der Auszubildenden kommt von der Hauptschule. Die

Hauptschule ist als berufsvorbereitende Schule mit klarem Profil und allen beruflichen und schulischen Aufstiegsmöglichkeiten zu gestalten. Die Hauptschulinitiative der Staatsregierung ist deshalb der richtige Ansatz.

- ***Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung***

Das moderne System der beruflichen Bildung, das als einziges Bildungssystem bundesweit einheitliche Prüfungsstandards und eine einheitliche Qualitätssicherung aufweist, erfüllt national wie international höchste Ansprüche und sichert dadurch den Fachkräftenachwuchs. Die Wirtschaft fordert deshalb seit langem, dass zum Beispiel die beruflichen Bildungsabschlüsse „Bachelor/Master Professional“, wie die Fachwirte und Meister genannt werden, den akademischen Abschlüssen an Fachhochschulen gleichgestellt werden. Die Maxime „kein Abschluss ohne Anschluss“ sollte bis zum Jahr 2012 umgesetzt werden.

- **Weiterbildungsbeteiligung erhöhen**

Um die Weiterbildungsbeteiligung aller Erwerbstätigen von derzeit 43 Prozent auf den EU-Durchschnitt von 50 Prozent zu erhöhen, muss eine „Weiterbildung mit System“ etabliert werden. Der BIHK fordert daher die Förderung von Weiterbildungsteilnehmern statt von Weiterbildungsanbietern. Es müssen mehr berufsbegleitende Angebote sowohl in der wissenschaftlichen Weiterbildung durch Universitäten und Fachhochschulen als auch in der beruflichen Weiterbildung durch öffentliche und private Träger angeboten werden.

2. Steuerbelastung reduzieren

Bislang ist der Staat der große Gewinner des Aufschwungs. Die gute Konjunktur hat in der Zeit von 2005 bis 2007 gut 95 Milliarden Euro mehr an Steuern in seine Kassen gespült als geplant. Diese Tendenz zeichnet sich ganz klar auch für 2008 ab. Weitere rund 100 Milliarden Mehreinnahmen werden bis 2012 erwartet.

Spielräume für Steuersenkungen sind also vorhanden, auch ohne das nach wie vor richtige Ziel der Haushaltskonsolidierung aufzugeben. Der BIHK unterstützt deshalb alle Vorschläge, zumindest einen Teil der Steuermehreinnahmen an die Steuerpflichtigen zurückzugeben – also an jene Menschen, die Kraft eigener Leistung den Steuersäckel des Staates füllen.

Vor allem die geplante Erbschaftsteuerreform bedrückt den Mittelstand ganz enorm. Denn die Große Koalition bleibt hinter ihrer Zusage, den unternehmerischen Generationenwechsel zu erleichtern, weit zurück. Eine BIHK-Umfrage zur Erbschaftsteuerreform unter mehr als 640 bayerischen Unternehmen zeigt, dass neun von zehn Betrieben, die ihre Unternehmens- und Vermögenswerte neu ermittelt haben, aufgrund der anstehenden Reform eine höhere Steuerbelastung befürchten. Mehr als die Hälfte aller befragten erbschaftsteuerpflichtigen Betriebe erwartet trotz höherer Freibeträge höhere Steuern. Sollte der Gesetzesentwurf in der aktuellen Fassung umgesetzt werden, wird der Drang bayerischer Firmen ins benachbarte Ausland neuen Anschub erhalten.

Der BIHK fordert daher, das Abschmelzmodell ohne Nebenbedingungen, wie im Koalitionsvertrag vom November 2005 vereinbart, umzusetzen. Danach sinkt bei einer Unternehmensnachfolge die Erbschaftsteuer für jedes Jahr der Fortführung des Betriebes um zehn Prozent und entfällt nach zehn Jahren ganz. Wenn der Koalitionsvertrag nicht eingehalten wird, sollte die Erbschaftsteuer ganz abgeschafft werden.

Meine Damen und Herren, die Unverhältnismäßigkeit, ja Absurdität der Gesetzesvorschläge zur Erbschaftsteuer ist offenkundig, wenn man berücksichtigt, dass das Erbschaftsteueraufkommen mit rund vier Milliarden Euro lediglich 0,8 Prozent des gesamten deutschen Steueraufkommens beträgt. Bei alleiniger Berücksichtigung der Unternehmensnachfolge bewegen wir uns sogar im Bereich von 0,1 Prozent! Ist es vernünftig und sozial gerecht, wenn wegen solcher Größenordnungen Tausende von Arbeitsplätzen in Deutschland verloren gehen? Die Antwort der Wirtschaft – speziell des Mittelstandes – ist klar.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.